

WIFO-Studie: Österreichs Industrie kritisiert Bürokratie und lange Behördenwege

Die Industrieunternehmen sind mit der heimischen Verwaltung nur eingeschränkt zufrieden. Fast die Hälfte der Unternehmer kritisieren Hürden bei der Steuererhebung und der Arbeitsplatzregulierung. Verantwortlich dafür sehen sie die Politik, die zu wenig an den Standort denke. Das ergibt eine aktuelle Studie des WIFO.

Die österreichischen Industrieunternehmen stellen der öffentlichen Verwaltung und den Behörden ein nur mäßiges Zeugnis aus. Besonders unzufrieden zeigt sich die Industrie mit der Steuererhebung und der Steuerprüfung durch das Finanzamt sowie mit den Bestimmungen zur Arbeitssicherheit und Arbeitsplatzregulierung. Das ergibt eine breit angelegte Befragung heimischer Industrieunternehmen durch das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Die Studie ist Teil des WIFO-Forschungsprogramms "Österreich 2025". Befragt wurden mehr als 300 der größten in Österreich tätigen Industrieunternehmen.

Insgesamt 47 Prozent aller befragten Unternehmer sind mit dem Verwaltungsaufwand rund um die Arbeitssicherheit und mit der Arbeitsplatzregulierung "unzufrieden" oder "sehr unzufrieden". Weitere 43 Prozent klagen über die behördlichen Abläufe bei der Steuererhebung und Steuerprüfung. Kritik gibt es auch an der Durchführung öffentlicher Vergaben: 24 Prozent der Unternehmer sind mit den Ausschreibungen "unzufrieden" oder "sehr unzufrieden".

Lob gibt es für die staatlichen Leistungen beim Import und Export von Gütern und Anlagen. Hier zeigen sich 47 Prozent "zufrieden" oder "sehr zufrieden", nur 11 Prozent äußerten sich negativ. Auch bei Patentverfahren, Forschungsförderung und der Zulassung von Produkten ergibt sich ein überwiegend positives Bild. Gespalten ist die Industrie hinsichtlich der Einstellung neuer Beschäftigter: Mit den Behördenwegen am AMS und staatlichen Leistungen (etwa Zuschüssen) zeigen sich 30 Prozent der Befragten "unzufrieden" oder "sehr unzufrieden". Ihnen stehen 22 Prozent (sehr) zufriedener Unternehmer gegenüber.

"Die zentrale Kritik der Industrie entzündet sich weniger an Ineffizienzen der Verwaltung als an den Regulierungsbefolgungskosten", sagt Projektleiter Werner Hölzl. "Die Unternehmer sehen sehr wohl, dass die Behörden Regulierungen auszuführen haben, die von der Politik vorgegeben werden. Und die Regulierungsdichte scheint immer weiter zuzunehmen." Hier verorten, so Hölzl, einzelne Unternehmen sogar "einen Widerspruch zwischen den politischen Bekenntnissen zum Standort und der tatsächlichen Gesetzgebung."

Um den Standort zu sichern, wünschen sich 92 Prozent der Unternehmer eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts, so ein weiteres Ergebnis der WIFO-Studie. 88 Prozent fordern, dass die Steuer- und Abgabenquote generell gesenkt wird. Weitere 67 Prozent befürworten eine Entlastung des Faktors Arbeit, die durch eine Verschiebung der Steuerbelastung gegenfinanziert

wird. 82 Prozent halten Verbesserungen im Bildungsbereich für wichtig. Auch Planungssicherheit ist der Industrie wichtig: Immerhin 58 Prozent fordern, dass künftige Regulierungen besser vorhersehbar sein sollten.

Übersicht 1: Wie zufrieden ist Ihr Unternehmen mit den Behördenwegen und staatlichen Leistungen in folgenden Bereichen in Österreich?

	Sehr zufrieden	Zufrieden	Mittel	Unzufrieden	Sehr unzufrieden	Keine Angabe bzw. trifft nicht zu	Antworten insgesamt
In % der Unternehmen							
Forschungsförderung	11	28	30	15	8	9	313
Import, Export	10	37	37	9	2	4	307
Betriebsanlagengenehmigungen	6	19	38	17	14	5	313
Zulassung von Produkten (im Inland)	3	16	23	9	3	46	307
Einstellung von Beschäftigten	3	19	38	20	10	10	311
Patentverfahren	2	25	31	10	4	28	309
Arbeitssicherheit und Arbeitsplatzregulierung	2	13	37	25	22	1	315
Steuererhebung und Steuerprüfung (Finanzamt)	2	15	39	24	19	2	315
Durchführung öffentlicher Vergaben (Ausschreibungen)	0	6	23	14	10	47	307

Q: WIFO.

Übersicht 2: Wie wichtig wären Veränderungen in den folgenden wirtschaftspolitischen Bereichen in Österreich, um die Präsenz Ihres Unternehmens am österreichischen Standort langfristig sicherzustellen?

	Sehr wichtig	Wichtig	Mittel	Unwichtig	Sehr unwichtig	Keine Angabe bzw. trifft nicht zu	Antworten insgesamt
In % der Unternehmen							
Flexibilisierung des Arbeitsrechts	80	12	6	0	1	0	316
Generelle Senkung der Steuer- und Abgabenquote	66	22	8	2	0	1	313
Verbesserung des Bildungssystems	50	33	15	1	1	1	314
Senkung der Steuern und Abgaben auf Arbeit und höhere Besteuerung von Eigentum	45	23	14	5	4	10	307
Ausbau der Innovationsförderung	34	32	24	6	2	2	311
Stärkere Vorhersehbarkeit von Regulierungen	27	31	29	8	1	4	308
Ausbau der Telekommunikationsnetze	19	30	34	10	4	3	308
Lockerung der Energie- und Umweltregulierungen	17	22	37	16	5	3	311
Abbau von Handelsbeschränkungen	13	19	27	24	11	6	306
Ausbau der Transportinfrastruktur	13	19	47	15	5	1	309
Stärkung des Kapitalmarkts (z. B. Risikokapital)	13	18	34	19	11	6	304

Q: WIFO.

Für die WIFO-Studie wurden mehr als 1.000 Industrieunternehmen zu Wettbewerbsfähigkeit, Standortfaktoren, Markt- und Produktstrategien sowie zu ihrer Positionierung in der internatio-

nalen Wertschöpfungskette befragt. Die Rücklaufquote lag bei 32 Prozent. Befragt wurden sowohl rein österreichische Unternehmen sowie Unternehmen, die Teil einer internationalen Unternehmensgruppe sind.

Wien, am 7. Dezember 2016

Rückfragen bitte am Freitag, dem 9. Dezember 2016, zwischen 10 und 12 Uhr an
Dr. Werner Hölzl, Tel. (1) 798 26 01/472, Werner.Hoelzl@wifo.ac.at

Allgemeine Rückfragen bitte an
Christoph Schwarz, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Tel. (+43) 664/2256646,
Christoph.Schwarz@wifo.ac.at

Publikationshinweis:

Werner Hölzl, Klaus S. Friesenbichler, Agnes Kügler, Michael Peneder, Andreas Reinstaller,
Gerhard Schwarz, Österreich 2025 – Industrie 2025: Wettbewerbsfähigkeit, Standortfaktoren,
Markt- und Produktstrategien und die Positionierung österreichischer Unternehmen in der
internationalen Wertschöpfungskette (Dezember 2016, 37 Seiten, 40 €, Download 32 €:
<http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/59184>)